

**Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT**

Groß-Umstadt, den 31.03.2014

Niederschrift

26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27.03.2014

Anwesend:

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Karl Dörr

Stadtverordnete/r

Herr Hans Peter Abt

Herr Gerhard Dubrau

Herr Jürgen Effenberger

Frau Marina Glorius

Herr Christian Gradl

Frau Karin Hartmann

Herr Mathias Horn

Herr Martin Kleine

Herr Matthias Kreh

Frau Erna Macht

Herr Karlheinz Müller

Herr Dieter Ohl

Herr Oliver Schröbel

Frau Daniela Stoeckel

Herr Sven Blümlein

Herr Michael Engels

Herr Heiko Handschuh

Herr Norbert Knöll

Herr Peter Sekyra

Herr Karl Werner Storck

Herr Dr. Peter Ditter

Herr Ernst-Ludwig Döring

Herr Karl-Heinz Dührig

Herr Klaus Scheuermann

Herr Werner Eckhardt

Herr Hans-Günter Göring

Herr Karl-Heinz Jung

Frau Christiane Roelle
Herr René Stieme
Herr Dr. Fritz Roth

Bürgermeister

Herr Joachim Ruppert

Erster Stadtrat

Herr Diethard Kerkau

Magistrat

Herr Wilhelm Adams
Herr Dr. Klaus Dummel
Herr Horst Engelhardt
Herr Richard Fikar
Frau Renate Filip
Herr Alois Macht
Frau Ursula Münch
Herr Reinhold Ritter

Ausländerbeirat

Frau Seyhan Akca

Vertreterin für Frau Torun

Seniorenbeiratsvorsitzender

Herr Michael Dahrendorf

Schriftführerin

Frau Doris Mahler

Nicht anwesend:

Stadtverordnete/r

Frau Jutta Burghardt
Herr Dr. Jens Zimmermann
Herr Harry Heb
Herr Dr. Jochen Ohl
Herr Alexander Pfau
Herr Christian Flöter

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Ausländerbeiratsvorsitzende

Frau Aysel Torun

entschuldigt, Vertreterin Frau Akca

Beginn der Sitzung: 20:00 Uhr
Ende der Sitzung: 22:10 Uhr

Tagesordnung:

26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27.03.2014

Teil A

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
2. Mitteilungen des Magistrates
3. Gebührenerhöhung im Freibad Groß-Umstadt
4. Antrag der FDP vom 15.11.2013 bzgl. Tunnelkonzept für die Nordspange
5. Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2014 bzgl. Einrichtung eines "Mutter "Eltern" Kind Parkplatzes" in der Georg-August-Zinn-Straße
6. Neuwahl des Ortsgerichtsvorstehers und des stellvertretenden Ortsgerichtsvorstehers für den Ortsgerichtsbezirk Groß-Umstadt II (Wiebelsbach und Heubach)
7. Regionalplan Südhessen – Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien, Entwurf 2013, Stellungnahme der Stadt Groß-Umstadt im Rahmen der 1. Offenlage vom 24.02 - 25.04.2014

Windkraftnutzung in Groß-Umstadt
7.1.
8. Bebauungsplan „Gewerbeerweiterung Otto-Hahn-Straße“ im Stadtteil Umstadt - Aufstellungsbeschluss
9. Offenlage "Am Umstädter Bruch"
10. Bebauungsplan "Max-Eyth-Weg" im Stadtteil Umstadt

Bebauungsplan "Max-Eyth-Weg" im Stadtteil Umstadt; Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) und der vorgezogenen Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB
10.1.
10. Bebauungsplan "Max-Eyth-Weg" im Stadtteil Umstadt; Beschluss über die öffentliche Auslegung
2.
11. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Steinschönauer Straße 10 " im Stadtteil Umstadt

11. Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der vorgezogenen Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB

Satzungsbeschluss

11.
2.
12. Antrag der FDP vom 05.02.2014 bzgl. Einrichtung einer Station "Teilen macht glücklich"
13. Antrag der FDP vom 25.02.2014 zum Bericht des Revisionsamtes über die regelmäßige Kassenprüfung bei der Stadtkasse Groß-Umstadt vom 24.04.2013
14. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 05.03.2014 bzgl. Betreuungsplätzen in der Kernstadt
15. Anregungen und Mitteilungen

Teil B

16. Antrag der FDP vom 15.10.2013 bzgl. Änderung der Kindergartengebührensatzung
17. Antrag der SPD-Fraktion vom 12.02.2014 bzgl. Ausbau des sozialen Wohnungsbaus in Groß-Umstadt
18. Antrag B90/Die Grünen zum Haushalt 2014 vom 03.02.2014 - Darstellung von Folgekosten
18. Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 20.02.2014 zum Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen: Darstellung von Folgekosten
- 1.
19. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 16.03.2014 bzgl. Evaluierung "Otzberg-Programm"
20. Antrag B90/Die Grünen zum Haushalt 2014 vom 03.02.2014 - Kennzahlen Kinderbetreuung
21. Antrag B90/Die Grünen zum Haushalt 2014 vom 03.02.2014 - Kinderspielplätze
22. Antrag der BVG-Fraktion vom 13.02.2014 zum Haushalt 2014 bzgl. Mahnmal

Stadtverordnetenvorsteher Dörr eröffnet die 26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Er begrüßt die anwesenden Stadtverordneten, Bürgermeister Ruppert, die Vertreter des Magistrates, die Vertreter des Seniorenbeirates und des Ausländerbeirates, die Vertreter der Presse sowie die zahlreich erschienenen Zuschauer.

Gegen das Protokoll der 25. Sitzung vom 20.02.2014 liegen keine Einwendungen vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt Herr Dörr, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt.

Seitens der SPD – Fraktion wird der TOP 5 vorerst zurückgezogen, da er noch in den Ausschüssen beraten werden muss.

Bürgermeister Ruppert teilt mit, dass die TOPs 6, 9 und 11 noch nicht beratungsreif sind und vertagt werden müssen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragen die Vertagung des TOP 14, da der Sozialausschuss noch nicht darüber beraten hat.

Die so geänderte Tagesordnung wird einvernehmlich angenommen.

Teil A

Zu TOP 1 **Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers**

Stadtverordnetenvorsteher Dörr erinnert an die Bürgerversammlung zum Thema „Städtische Finanzen: Was wollen und können wir uns noch leisten?“ am Mittwoch, den 02.04.2014, 19:00 Uhr im kleinen Saal der Stadthalle und bittet um rege Beteiligung der Mandatsträger.

Zu TOP 2 **Mitteilungen des Magistrates**

Inhalt der Mitteilung

Fischsterben im Richer Bach

Im Richer Bach gab es ein massives Fischsterben. Die Behörden untersuchen bzw. fahnden noch nach der Ursache bzw. den Verursa-

chern. Strafantrag wurde gestellt. Ergebnisse gibt es noch keine. Die Einleitungsstelle der Schadstoffe wird derzeit im Bereich zwischen Einmündung des Heubachs und der Haxenmühle vermutet.

Session

Das Ratsinformationssystem SessionNet befindet sich in der Einführung.

Das Bürgerinformationsportal ist bereits produktiv im Einsatz und über die Homepage können der Sitzungskalender und – für die öffentlichen Sitzungen – Einladungen und Protokolle eingesehen werden.

Die Mandatsträger werden in den nächsten Wochen ihre Zugangskennungen zum Gremienportal erhalten. In der nächsten oder übernächsten Stadtverordnetensitzung ist die Hauptsatzung zu beraten, da hier entsprechende Änderungen vorgenommen werden müssen bzgl. des Unterlagenversandes etc.

Für das Sitzungszimmer und insbesondere die Hauptsitzungsräume Pfälzer Schloss und Stadthalle müssen teilweise noch Präsentationsmöglichkeiten beschafft und Netzanbindungen geschaltet werden, um entsprechende Infrastruktur bereitzustellen.

Abzustimmen gilt es noch, wie die Mandatsträger mit EDV-Equipment ausgestattet sind bzw. werden.

Haushaltsplan

Der Haushaltsplan befindet sich noch bei der Aufsicht zur Genehmigung

BEP

Der Bedarfs- und Entwicklungsplan der Feuerwehr wurde verteilt und am 26.3. fand eine Arbeitssitzung des Arbeitskreises zwischen Fraktionen, Magistrat und Arbeitsgruppe der Feuerwehr statt, um entsprechende letzte Verständnisfrage zu klären. Vereinbart wurde, dass die Fraktionen den BEP beraten und zuerst Anfang Mai ein IFAK zum BEP stattfinden wird.

Wendelinuspark/ Winzerfestnutzung des Cactus e.V.

Der Wendelinuspark wird zum Frühling fertig sein. Wir planen eine offizielle Eröffnung zum Frühlingsmarktmarkt des OGV. Bereits jetzt gibt es von Seiten des Cactus e.V. eine Initiative, in der sie klarstellen wollen, dass der Cactus e.V. an den Winzerfesten den Park wie gewohnt belegen will. Hier muss klar sein, dass die Stadt zum Erhalt des neu gestalteten Parks jedem Veranstalter, auch dem Cactus e.V., Auflagen erteilen darf/ muss für die Nutzung. Eine Nutzung frisch angelegter Rasen- und Pflanzflächen ist nicht möglich. Der Veranstalter muss sich auf die Lokation einstellen und nicht die Lokation auf den Veranstalter. Die aktuell hergerichtete Ausgestaltung wurde in vielen Gremiensitzung beraten und abgestimmt.

Ohnehin muss über Ausrichtung und ggf. auch Standorte im Bereich des Winzerfestes neu gedacht werden. Es gibt den politischen Antrag zur Kosteneinsparung, der letztendlich auch konzeptionelle Änderungen bedingt, es gibt Ideen rund um Aktive der Herbstmarktkommission

dem Winzerfest neue Impulse in Richtung Weinfest zu geben und es gibt voraussichtlich Änderungen in der Nutzbarkeit des Wambolt'schen Schlossparks. Dies kann diverse Standbetreiber – auch den Cactus e.V. – betreffen.

Wambolt'sches Schloss

Frau von Wambolt hat informiert, dass man sich mit einem Investor in Vertragsverhandlungen befindet. In Kürze wird es einen Termin geben zur Abstimmung der möglichen Nutzungskonzepte, in denen auch über die angrenzenden Freiflächen geredet werden soll.

Saint-Péray

Saint-Péray hat gewählt. Die Liste von Jacques Dubay hat die Wahl gewonnen und dieser wird kommenden Samstag vom conseil municipal (vergleichbar unserer Stadtverordnetenversammlung) offiziell als neuer Bürgermeister gewählt.

Bahnhof

In der Verwaltung wurde auf meinen Wunsch ein Konzept zur Gesamtentwicklung des Bahnhofs erarbeitet. Dies sieht neben Parkplätzen im Anschluss an das neue Umstadtbüro eine Buswendeschleife und Haltebuchten für Busse vor. Mit diesen Flächen kann langfristig auch die schwach genutzte Bussituation rund um das Krankenhaus verbessert werden. Aber es gilt mit diesem Konzept die Sinnhaftigkeit eines weiteren Busbahnhofes und weiteren Haltepunktes an der Nordspange zu hinterfragen. Gegebenenfalls kann auf diese Maßnahme verzichtet werden.

Zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 3 Gebührenerhöhung im Freibad Groß-Umstadt

Beschluss:

1.
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Gebühren im Freibad Groß-Umstadt wie folgt zu erhöhen:

| | ab 2008 | Gebühren- anpassung |
|--|--------------------|--------------------------------|
| Tageskarten | | |
| Erwachsene | 2,50 € | 3,00 € |
| Ermäßigte (Kinder, Jugendliche, Schüler ab 18 Azubi, Rentner) | 1,50 € | 1,50 € |
| Erwachsene nach 17.30 Uhr | 1,50 € | 2,00 € |
| Jugendliche nach 17.30 Uhr | 1,00 € | 1,00 € |
| Personen/ Gruppen | 1,10 € | 1,50 € |
| Gruppen/5Pers. | 3,40 € | 5,00 € |
| Dauerkarten | | |
| Erwachsene | 55,00 € | 70,00 € |
| Ermäßigte (Kinder, Jugendliche, Schüler ab 18 Azubi, Rentner) | 27,50 € | 35,00 € |
| Familienkarte | 80,00 € | 100,00 € |
| Alleinerziehende Elternteile | 55,00 € | 60,00 € |
| Zehnerkarten | | |
| Erwachsene | 18,50 € | 25,00 € |
| Ermäßigte (Kinder, Jugendliche, Schüler ab 18 Azubi, Rentner) | 11,50 € | 12,50 € |
| Zehnerkarte ab 17.30 Uhr | | |
| Erwachsene | 9,10 € | 15,00 € |
| Jugendliche | 6,00 € | 7,50 € |
| Personen | 6,00 € | 7,50 € |

1.1.

Der Begriff „Mehrtageskarte“ in der Gebührensatzung unter §3 wird geändert in „Zehnerkarte“.

1.2.

Im Satzungstext unter §1.3, §2.3 und §3.3 werden die Begriffe Grundwehrdienstleistende und Ersatzdienstleistende geändert in die aktuellen Begrifflichkeiten: Leistende des Bundesfreiwilligendienstes bzw. des Freiwilligen Sozialen Jahres.

2.

In Umsetzung von Ziffer 1. - 1.2. wird die als Anlage I beigefügte Änderungsatzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

31 Jastimmen – einstimmig –

Zu TOP 4 Antrag der FDP vom 15.11.2013 bzgl. Tunnelkonzept für die Nordspange

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat wird beauftragt, ein „Nordspange-Tunnelkonzept“ als Alternative zum laufenden Nordspange - Planungsverfahren prüfen zu lassen.
2. Dabei ist zugrunde zu legen, dass der Tunnel zweispurig in der „Breite Gasse“ zwischen „Ziegelwaldkreisel“ und „Rewe-Markt“ mit der Absenkung beginnt, unter dem „Lolipopp-Kreisel“ und der Willy-Brandt-Anlage hindurch die ohnehin vorgesehene Bahnunterführung einschließt und auf der Planungstrasse jenseits der Bahnlinie wieder an die Oberfläche geführt wird.
3. Der Magistrat wird weiterhin beauftragt, als andere Alternativ-Lösung eine „Einhausung“ der Willy-Brandt-Anlage prüfen zu lassen. Dabei ist davon auszugehen, dass die vorgesehenen Lärmschutzwände auf die Durchfahrtshöhe von 5 m erhöht und mit einer überspannenden Abdeckung versehen werden.
4. Über das Ergebnis der Prüfungen ist der Stadtverordnetenversammlung umfassend zu berichten (Technische Durchführbarkeit, Planungsdauer, Beginn und Dauer der Realisierung, Kosten und Finanzierungskonzeption).
5. Den Kostenschätzungen des Tunnel-Konzeptes (siehe 1) mit Ausweis einer Finanzierungskonzeption sind dabei die Kosten für die Realisierung des derzeit in der Planung befindlichen Vorhabens einschließlich der Lärmschutzwände in einem gesonderten Bericht gegenüber zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

1 Jastimme, 30 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zu TOP 5 Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2014 bzgl. Einrichtung eines "Mutter "Eltern" Kind Parkplatzes" in der Georg-August-Zinn-Straße

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird aufgefordert vor dem ehemaligen Drogeriemarkt dm in der Gg. August Zinn Straße (Diehl) einen Mutter „Eltern“ und Kind Parkplatz einzurichten und durch ein gesondertes Schild zu kennzeichnen.

Zurückgestellt, überwiesen an die Ausschüsse.

Zu TOP 6 Neuwahl des Ortsgerichtsvorstehers und des stellvertretenden Ortsgerichtsvorstehers für den Ortsgerichtsbezirk Groß-Umstadt II (Wiebelsbach und Heubach)

Beschlussvorschlag:

Für den ausgeschiedenen Ortsgerichtsvorsteher Werner Volk wird der bisherige stellvertretende Ortsgerichtsvorsteher

Herr Herbert Stricker, Die Ettern 32a, 64823 Groß-Umstadt

zum Ortsgerichtsvorsteher gewählt.

Zum neuen stellvertretenden Ortsgerichtsvorsteher wird

Herr Michael Emich, Wilhelm-Leuschner-Straße 6, 64823 Groß-Umstadt

gewählt.

Zurückgestellt.

Zu TOP 7 Regionalplan Südhessen – Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien, Entwurf 2013, Stellungnahme der Stadt Groß-Umstadt im Rahmen der 1. Offenlage vom 24.02 - 25.04.2014

Beschluss:

Die beigefügte Stellungnahme wird im Rahmen der 1. Offenlage zum „Regionalplan Südhessen – Sachlicher Teilpan Erneuerbare Energien“,

Entwurf 2013, mit der im Energieausschuss beschlossenen Änderung in der Begründung für die Abstandsforderung von Windkraftanlagen zu Siedlungsflächen beim Regierungspräsidium eingereicht.

Abstimmungsergebnis:

30 Jastimmen, 1 Neinstimme

Zu TOP 7.1 Windkraftnutzung in Groß-Umstadt

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt die in der Anlage dargestellte städtische Fläche südlich der Landesstraße L3413 zwischen Raibach und Dorn-diel in einem Bietungsverfahren zur Verpachtung für Windenergieanlagen auszuschreiben.

Dabei gelten folgende Kriterien:

- mind. 1200 m Abstand zu Siedlungsflächen
- 3 WEA Standorte bis max. 400 m südlich zur Landesstraße L 3413
- Zur Erschließung möglichst keine Inanspruchnahme der Hauptwanderwege, die das Gebiet im Westen und Süden begrenzen.
- Minimaler Eingriff in den Naturraum.
- Berücksichtigung vorhandener Windbruchflächen
- Möglichkeit der wirtschaftlichen Beteiligung der Bürger „Bürgerwindpark“,
- Höhe der wirtschaftlichen Erträge für die Stadt.

Abstimmungsergebnis:

30 Jastimmen, 1 Neinstimme

Zu TOP 8 Bebauungsplan „Gewerbebeerweiterung Otto-Hahn-Straße“ im Stadtteil Umstadt - Aufstellungsbeschluss

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet nordöstlich der Otto-Hahn-Straße bzw. der Ro-

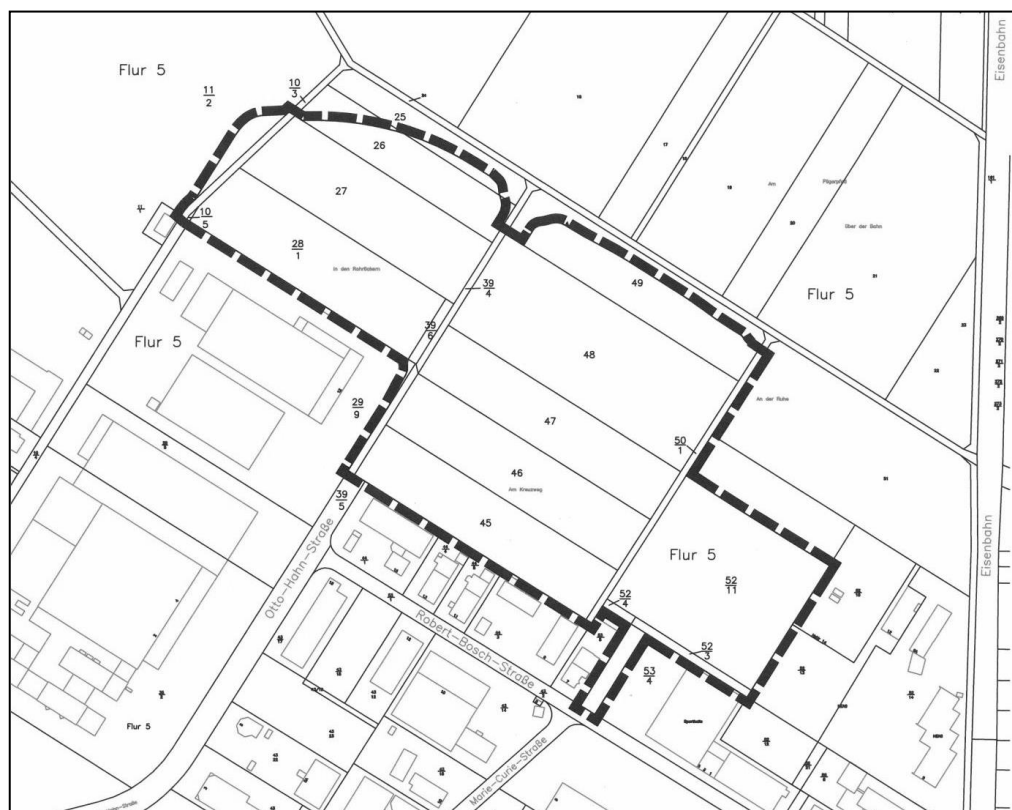
bert-Bosch-Straße im Stadtteil Umstadt.

Der Bauleitplan erhält die Bezeichnung:
Bebauungsplan "Gewerbebeerweiterung Otto-Hahn-Straße"

Das Plangebiet erstreckt sich im Wesentlichen nordöstlich der bestehenden gewerblich genutzten Anwesen Otto-Hahn-Straße 12 und Robert-Bosch-Straße 5 bis 15 (nur ungerade Zahlen) im bestehenden Gewerbe- und Industriegebiet nördlich der Georg-August-Zinn-Straße.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Gemarkung Groß-Umstadt Flur 5 Nr.10/3 (teilweise), 10/5, 11/2 (teilweise), 25 (teilweise), 26 (teilweise), 27, 28/1, 29/9 (teilweise), 39/4 (teilweise), 39/5 (teilweise), 39/6, 45 bis 48, 49 (teilweise), 50/1 (teilweise), 52/3, 52/4, 52/11 (teilweise) und 53/4 (teilweise).

Der genaue Geltungsbereich kann nachfolgender Karte entnommen werden.



Sollten sich bei der Planung Abweichungen von dem vorstehend beschriebenen Geltungsbereich als sinnvoll erweisen, so wird der Magistrat ermächtigt, der Stadtverordnetenversammlung einen geänderten Geltungsbereich im Rahmen der Beschlussfassung über die öffentliche Auslegung vorzulegen.

Beabsichtigte Planung:

Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, im Anschluss an das bestehende Industrie- und Gewerbegebiet kurzfristig eine gewerbliche Nutzung der nordöstlich angrenzenden Flächen zu ermöglichen, um so der Nachfrage nach solchen Flächen entsprechen zu können.

Für die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB werden Planentwürfe in der Verwaltung zur Einsichtnahme bereitgehalten. Hierbei wird über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, gegebenenfalls sich wesentlich unterscheidende Lösungen und über die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich unterrichtet; es wird Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung gegeben.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB entsprechend § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzufordern.

Abstimmungsergebnis:

31 Jastimmen, - einstimmig –

Zu TOP 9 **Offenlage "Am Umstädter Bruch"**

Zurückgestellt, da noch nicht beschlussreif

Zu TOP 10 Bebauungsplan "Max-Eyth-Weg" im Stadtteil Umstadt

Zu TOP 10.1 Bebauungsplan "Max-Eyth-Weg" im Stadtteil Umstadt; Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) und der vorgezogenen Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB

Beschluss:

Über die eingegangenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (mit Schreiben vom 19.02.2009 sowie vom 17.06.2013) und der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB in der Zeit vom 02.03.2009 bis 02.04.2009 wird gemäß der beigefügten Anlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

31 Jastimmen

Zu TOP 10.2 Bebauungsplan "Max-Eyth-Weg" im Stadtteil Umstadt; Beschluss über die öffentliche Auslegung

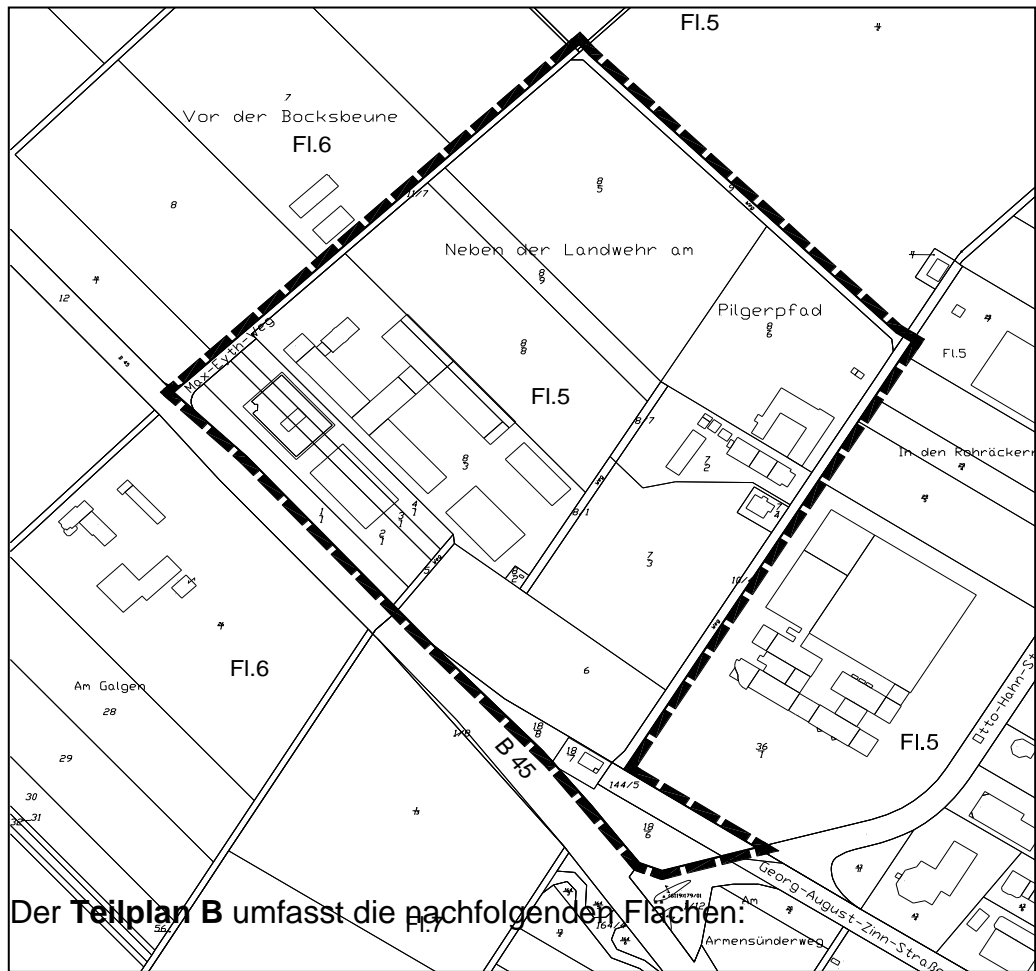
Beschluss:

Es wird beschlossen, den Bebauungsplanentwurf „Max-Eyth-Weg“ im Stadtteil Umstadt nebst Begründung (mit Umweltbericht) sowie den vorliegenden wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Neubeckanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) öffentlich auszulegen.

Grundlage dieses Beschlusses sind der Entwurf vom Januar 2014 und die Beschlüsse über die eingegangenen Stellungnahmen der Behörden.

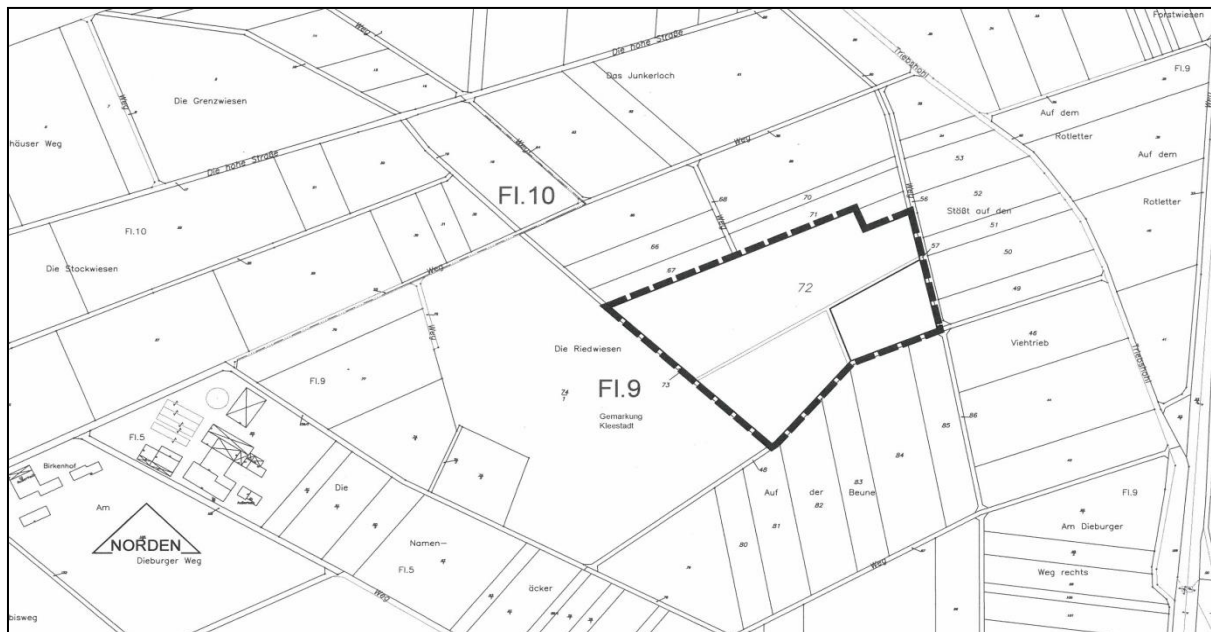
Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes beinhaltet den Baugebietsteil (Teilplan A) sowie 3 weitere Flächen, die als Ausgleichsfläche mit in den Geltungsbereich einbezogen werden (Teilplan B).

Der **Teilplan A** des Bebauungsplanes umfasst die in der nachfolgenden Karte abgegrenzten Flächen zwischen B 45, Max-Eyth-Weg und Georg-August-Zinn-Straße im Stadtteil Umstadt:

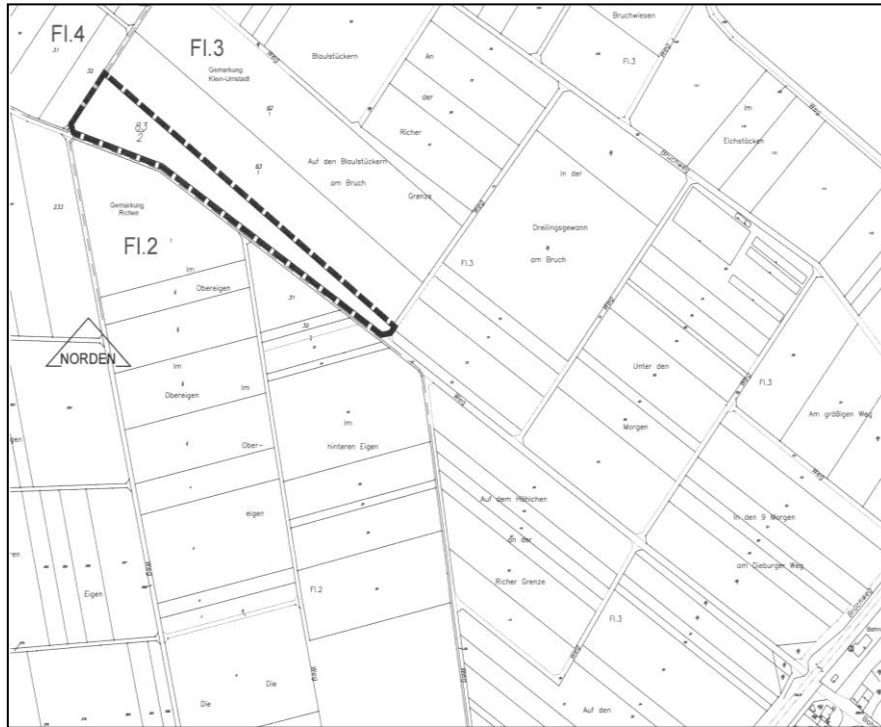


Der Teilplan B umfasst die nachfolgenden Flächen:

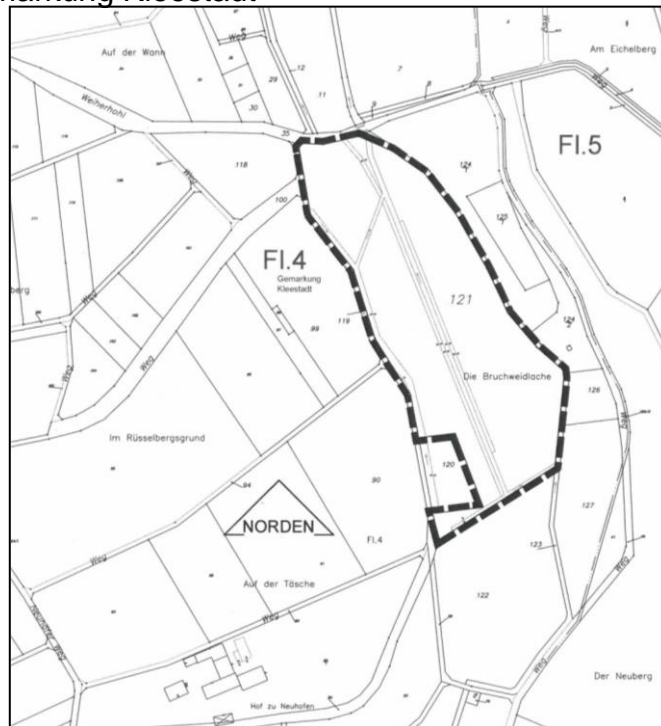
Gemarkung Kleestadt



Gemarkung Klein-Umstadt



Gemarkung Kleestadt



Abstimmungsergebnis:

31 Jastimmen, - einstimmig –

Zu TOP 11 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Steinschönauer Straße 10 " im Stadtteil Umstadt

Zu TOP 11.1 Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der vorgezogenen Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB

Zurückgestellt, da noch nicht beschlussreif.

Zu TOP 11.2 Satzungsbeschluss

Zurückgestellt, da noch nicht beschlussreif.

Zu TOP 12 Antrag der FDP vom 05.02.2014 bzgl. Einrichtung einer Station "Teilen macht glücklich"

Beschlussvorschlag:

1. Im Vorraum des neuen „Umstadt-Büros“ am Bahnhof wird eine Station „Teilen macht glücklich“ in Form eines oder mehrerer Schränke installiert, um Bürgern „Geben und Nehmen“ für handtransportable Gegenstände aller Art zu ermöglichen. Darunter fallen Bücher, Tassen, Gläser, Geschirr, Kleidung, Taschen, Koffer, Spielzeug. Die Gegenstände müssen brauchbar und funktionsfähig sein. Bis zur Fertigstellung des Büros am Bahnhof wird die Station im Erdgeschoss des alten Amtsgerichtes eingerichtet. Als Übergangsalternative wäre auch eine Aufstellung im Hof des Pfälzer Schlosses (diskret und leicht zugänglich) denkbar.

2. Für die Handhabe der Station gelten Regeln. Gegenstände, die nach vier Wochen noch in der Station liegen, nehmen die Spender wieder an sich, um immer Platz für neue Artikel zu haben. Die Spender können sich in einem „Gästebuch“ registrieren. Wenn Gegenstände zu lange liegen bleiben, werden sie zu anderweitiger sinnvoller Verwertung herausgenommen (karitative Zwecke/Bibliothek u.a.m.)

Abstimmungsergebnis:

1 Jastimme, 21 Neinstimmen, 9 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zu TOP 13 Antrag der FDP vom 25.02.2014 zum Bericht des Revisionsamtes über die regelmäßige Kassenprüfung bei der Stadtkasse Groß-Umstadt vom 24.04.2013

Es erfolgt eine ausführliche Aussprache zum Revisionsbericht. Die verteilte Hausmitteilung des Kämmerers gibt den aktuellen Stand wieder. Weitere Nachfragen zum Revisionsbericht und der ausgeteilten Hausmitteilung werden in der nächsten H+F-Sitzung beantwortet.

Beschlussvorschlag:

1. Das Parlament führt eine Aussprache über den „Bericht des Revisionsamtes über die regelmäßige Kassenprüfung bei der Stadtkasse Groß-Umstadt“ vom 24.04.2013.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, dem Parlament bis zum 30.06.2014 über die Bemühungen und den aktuellen Stand in dieser Angelegenheit zu berichten.
3. Nachfragen werden in der nächsten H+F-Sitzung beantwortet.

Abstimmungsergebnis:

31 Jastimmen (Die Punkte 1 + 2 sind damit erledigt)

Zu TOP 14 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 05.03.2014 bzgl. Betreuungsplätzen in der Kernstadt

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat möge prüfen, ob das langfristig angemietete Gebäude in der Georg-August-Zinn-Straße (ehemals DM-Drogerie) die Voraussetzungen erfüllt, um dort kurzfristig eine Kindertagesstätte zur U3/Ü3 Betreuung einzurichten und ob das angrenzende Außengelände des Evangelischen Gemeindehauses gegebenenfalls von der Ev. Kirche hierfür bereitgestellt wird. Die Kosten und möglichen öffentlichen Zuschüsse bzw. Fördermittel sollen ermittelt werden.

Zurückgestellt, da überwiesen an den Sozialausschuss

Zu TOP 15 Anregungen und Mitteilungen

Herr Scheuermann erkundigt sich nach dem Sachstand „Bahnhof“ und dem Sachstand „Nutzung der Pestalozzischule für das MPS“.

Bürgermeister Ruppert teilt dazu mit:

Sachstand „Bahnhof“

Es bestehen grundsätzliche Überlegen, ob der Vertrag mit der Bahn weitergeführt werden soll. Die Verkehrssicherungspflicht wurde von der Stadt übernommen, um die Parkraumbewirtschaftung, die die Bahn vorgesehen hatte, zu verhindern. Es wurde auch schon verschiedene Maßnahmen durchgeführt. Allerdings werden in dieser Angelegenheit noch enorme Kosten auf die Stadt zukommen. Daher ist zu überlegen, ob die Verkehrssicherungspflicht nicht wieder an die Bahn zurückgegeben werden soll. Darüber wird aber im Magistrat noch zu sprechen sein.

Nutzung der Pestalozzischule durch das MPS:

Der Kreis möchte an diesem Modell festhalten, allerdings gibt es noch keine weiteren Informationen seitens des Kreises. Hier müssen noch entsprechende Gespräche geführt werden.

Herr Jung fragt an, ob es neue Hintergrundinformationen zum Sachstand Wambolt'sches Schloss gibt. Bürgermeister Ruppert teilt hierzu mit, dass zurzeit noch weitere Investorengespräche geführt werden und in diesem Zusammenhang auch über die Außenflächen gesprochen werden muss. Weitere Hintergrundinformationen liegen zurzeit nicht vor.

Teil B

Zu TOP 16 Antrag der FDP vom 15.10.2013 bzgl. Änderung der Kindergartengebührensatzung

Zu TOP 17 Antrag der SPD-Fraktion vom 12.02.2014 bzgl. Ausbau des sozialen Wohnungsbaus in Groß-Umstadt

Zu TOP 18 Antrag B90/Die Grünen zum Haushalt 2014 vom 03.02.2014 - Darstellung von Folgekosten

Zu TOP 18.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 20.02.2014 zum Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen: Darstellung von Folgekosten

Zu TOP 19 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 16.03.2014 bzgl. Evaluierung "Otzberg-Programm"

Zu TOP 20 Antrag B90/Die Grünen zum Haushalt 2014 vom 03.02.2014 -
Kennzahlen Kinderbetreuung

Zu TOP 21 Antrag B90/Die Grünen zum Haushalt 2014 vom 03.02.2014 - Kin-
derspielplätze

Zu TOP 22 Antrag der BVG-Fraktion vom 13.02.2014 zum Haushalt 2014 bzgl.
Mahnmal

Karl Dörr
Stadtverordnetenvorsteher

Doris Mahler
Schriftführerin